



Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz,
Bau und Reaktorsicherheit

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, 11055 Berlin

Präsident des Deutschen Bundestages
-Parlamentssekretariat-
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Postaustausch

Rita Schwarzelühr-Sutter
Parlamentarische Staatssekretärin
Mitglied des Deutschen Bundestages

TEL +49 3018 305-2030

FAX +49 3018 305-2039

buero.schwarzeluehr@bmub.bund.de

www.bmub.bund.de

Berlin, 29.10.15

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten
Bärbel Höhn, Peter Meiwald, Matthias Gastel, weiterer Abgeordneter und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

NO₂ Belastung in Deutschland nach dem Abgasskandal

Bundestagsdrucksache 18/6398

Sehr geehrter Herr Präsident,

als Anlage übersende ich Ihnen die Antwort der Bundesregierung auf die
oben genannte Kleine Anfrage in fünffacher Ausfertigung.

Mit freundlichen Grüßen

Rita Schwarzelühr-Sutter

Anlage



**Antwort
der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage**

der Abgeordneten Bärbel Höhn, Peter Meiwald, Matthias Gastel, Annalena Baerbock, Sylvia Kotting-Uhl, Oliver Krischer, Christian Kühn (Tübingen), Steffi Lemke, Dr. Julia Verlinden und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Bundestagsdrucksache 18/6398

Belastung mit Stickstoffdioxid in Deutschland nach dem Abgasskandal

Wir fragen die Bundesregierung:

- 1. In welchen Gebieten in Deutschland werden laut Aufforderungsschreiben Nr. 2015/2073 der Europäischen Union (EU) zur Luftqualitätsrichtlinie (Richtlinie 2008/50/EG) die Grenzwerte für Stickstoffdioxid (NO₂) überschritten?*

In der in der Antwort zu Frage 2 aufgeführten Tabelle sind alle Gebiete und Ballungsräume in Deutschland ausgewiesen, in denen laut dem Aufforderungsschreiben Nr. 2015/2073 der Europäischen Kommission in den Jahren 2010 bis 2013 die Grenzwerte für Stickstoffdioxid überschritten wurden. Es handelt sich um Überschreitungen des Jahresmittelgrenzwerts, in den Gebieten Ballungsraum Stuttgart, Ballungsraum München und Ballungsraum I (Rhein-Main) zudem um Überschreitungen des Stundenmittelgrenzwerts.

- 2. Wie viele Menschen sind nach Kenntnis der Bundesregierung ungefähr von diesen Grenzwertüberschreitungen betroffen (bitte, falls möglich, aufgelistet nach den einzelnen Gebieten und als grobe Spannbreite für alle Gebiete zusammen)?*

In der nachstehenden Tabelle sind die Angaben der Länder zu den von den Grenzwertüberschreitungen betroffenen Personen in den Gebieten und Ballungsräumen aus der Berichterstattung 2014 (für das Bezugsjahr 2012) an die Europäische Kommission zusammengestellt. In den Ländern werden unterschiedliche Methoden zur Quantifizierung angewandt, die zu deutlichen Unterschieden bei der Darstellung der Anzahl der betroffenen Menschen in den Städten und Ballungsräumen führt. Einige Länder erfassen die Bevölkerung im Straßenabschnitt der Messung, andere Länder modellieren die NO₂-Belastung für das gesamte Stadtgebiet.

Tabelle: Betroffene Bevölkerung in dem jeweiligen Gebiet oder Ballungsraum

Gebietsname	Betroffene Bevölkerung (2012)
Ballungsraum Berlin	64.300
Ballungsraum Freiburg	1.800
Ballungsraum Mannheim/Heidelberg	230
Ballungsraum Stuttgart	90
Regierungsbezirk Karlsruhe	700
Regierungsbezirk Tübingen	730
Regierungsbezirk Stuttgart	1.680
Ballungsraum München	8.500
Ballungsraum Nürnberg/Fürth/Erlangen	270
Ballungsraum I (Rhein-Main)	6.830
Ballungsraum II (Kassel)	736
Gebiet III (Mittel- und Nordhessen)	1.190
Ballungsraum Hamburg	221.780
Wuppertal	1.250
Münster	7.500
Köln	17.500
Hagen	3.750
Essen	8.250
Dortmund	6.500
Düsseldorf	5.000
Aachen	2.500
Grevenbroich	1.000
Urbane Bereiche und ländlicher Raum im Land Nordrhein-Westfalen	9.450
Duisburg, Oberhausen, Mülheim	7.500
Koblenz/Neuwied	300
Mainz	1.500
Worms/Frankenthal/Ludwigshafen	400
LSA West (ehemals DEZ0XX0005S Harz)	237
Gebiet Thüringen 1	740
Gesamtbevölkerung:	382.213

3. *Geht die Bundesregierung nach dem Bekanntwerden des Abgasskandals davon aus, dass die Gebiete Bielefeld, Oberbayern und der Ballungsraum Niedersachsen bzw. Bremen in den nächsten zwei Jahren die Grenzwerte für NO₂ einhalten werden?*

Die Gebiete Bielefeld und Oberbayern und der Ballungsraum Niedersachsen-Bremen sind nicht Gegenstand des Aufforderungsschreibens, weil sie nach Darlegung der Europäischen Kommission auf dem besten Weg sind, die Grenzwerteinhaltung in den nächsten beiden Jahren zu erreichen oder hinreichende Maßnahmen getroffen haben, um den Zeitraum der Nicht-

einhaltung so kurz wie möglich zu halten. Die Bundesregierung geht davon aus, dass die Angaben der Länder zur Dauer der Überschreitung zutreffend sind. Sollten Anhaltspunkte vorliegen, die seitens der Länder eine neue Bewertung erforderlich machen, berücksichtigen die Behörden der Länder diese bei der Fortschreibung von Luftreinhalteplänen in eigener Zuständigkeit.

4. Wie beurteilt die Bundesregierung die gesundheitlichen Folgen für die betroffenen Bundesbürger?

Die weitere Verbesserung der Luftqualität ist aus Gründen des Gesundheitsschutzes eine wichtige Aufgabe der Umweltpolitik, für die sich das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit auch in Zukunft mit besonderer Aufmerksamkeit einsetzen wird. Dies gilt auch für Stickstoffdioxid, dessen Hauptemissionsquelle Verbrennungsprozesse sind. Stickstoffdioxid zählt aufgrund seiner unmittelbaren negativen Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit zu den wichtigsten Luftschadstoffen. Eine übermäßige Belastung mit Stickstoffdioxid reizt kurzfristig die Atemwege und kann langfristig die Lungenfunktion beeinträchtigen und zu chronischen Herz-Kreislaufkrankungen führen. Kinder leiden bei hoher NO₂-Belastung häufig unter Husten, Bronchitis, Atemwegsinfektionen und Allergien. Die konkreten Auswirkungen auf die Gesundheit des Menschen, auch der Menschen, die einer das übliche Maß überschreitenden Exposition ausgesetzt sind, sind allerdings im Einzelfall und in Abgrenzung zu anderen Ursachen für Beschwerden nicht eindeutig in Qualität und Quantität beurteilbar.

5. Liegen der Bundesregierung Schätzungen vor, welche Kosten im Gesundheitssystem durch die erhöhten NO₂-Werte pro Jahr entstehen?

Es gibt derzeit keine Information zur Exposition durch Stickstoffoxide, die auf die gesamte Fläche und die gesamte Bevölkerung bezogen ist, und daher auch keine belastbaren Informationen über nachweislich NO₂-bedingte Kosten im Gesundheitssystem. Das Umweltbundesamt führt seit diesem Jahr ein Forschungsvorhaben zur bundesweiten Exposition durch Stickstoffoxide durch. Erste Ergebnisse sind Ende des Jahres 2016 zu erwarten.